

## Rede von Margit Jung im Stadtrat am 3.07.2014

Frau Oberbürgermeisterin,  
Herr Stadtratsvorsitzender,  
werte Kolleginnen und Kollegen Stadträte,  
liebe Bürgerinnen und Bürger der Stadt Gera,  
liebe Gäste,

Insolvenz der Stadtwerke - was bedeutet es für die Menschen in dieser Stadt Gera, wie konnte es dazu kommen?

Das sind die Fragen, die Gera zurzeit bewegen.

Die Frage von Schuld wird in den Raum gestellt, die Frage der Schuld des anderen. Sie, Frau Oberbürgermeisterin, haben heute mit Ihrer Rede genau diesen Ansatz in den Mittelpunkt gestellt.

Dabei stellt sich mir die Frage, müssten nicht Sie als Stadtoberhaupt und auch als Aufsichtsratsvorsitzende der Stadtwerke AG eine ehrliche Analyse der Ursachen vorantreiben?

Beginnt das nicht auch mit der ehrlichen Analyse ihres eigenen Tuns?

Ich denke, es gibt nicht nur den oder die Schuldige, aber es gibt Rahmenbedingungen und Menschen. Die einen tragen mehr, die anderen weniger Verantwortung und das über einen langen Zeitraum.

### **Und deshalb sollte zuerst die Frage gestellt werden:**

Was ist bei den Stadtwerken das grundlegende Problem, warum sind die Stadtwerke als steuerlicher Querverbund überhaupt gegründet worden?

Ziel war es, die Verluste des Verkehrsbetriebes aus dem Stadthaushalt herauszulösen und mit den Gewinnen der anderen Unternehmen zu verrechnen. Dabei hat die Stadt den Verkehrsbetrieb mit dem Flugplatz bereits mit einem Verlust in das Unternehmen eingebracht. Dieser Ausgleich funktionierte von Anfang an nicht, weil die Verluste höher waren, als die Gewinne.

## **Und was war die Folge?**

Die Wirtschaftsprüfer schrieben in die Jahresabschlüsse: Die Verluste sind zeitnah und der Höhe nach auszugleichen. Da das nicht möglich war, wurden sie auf neue Rechnung vorgetragen.

Und: Das Geld fehlte trotzdem, also hat man es durch Kredite ausgeglichen. Ein lukratives Geschäft für die Banken viele Jahre lang, bis zu dem Tag, wo die Banken gesagt haben, nun ist das Risiko für uns zu hoch. Zudem wurden aufgrund der Bankenkrise auch andere Anforderungen an die Banken zur Kreditvergabe gestellt.

Die Patronatserklärung der Stadt aus dem Jahr 2008, vom Stadtrat beschlossen, vom Land Thüringen bewilligt, löste vorerst dieses Problem der Schieflage. Dazwischen sind die Verkäufe der Anteile der EGG und der Stadtwirtschaft ebenfalls erfolgt, um die Lücken in dem Stadtwerkeverbund zu schließen.

Investitionen in den Stadtwerken wurden in den Jahren in allen Unternehmen - betriebswirtschaftlich völlig indiskutabel - ausschließlich über Kredite finanziert. Eigenmittel bei Fördermitteln - ausschließlich über Kredite finanziert.

Die Stadt hat mit dem Verkehrsbetrieb eine Betrauungsvereinbarung abgeschlossen und finanziert diese nicht. Wenn ich einen Auftrag auslöse für 4,5 Millionen Euro und bezahle aber über Jahre nichts oder nur 2,5 Millionen, wie in diesem Haushalt, dann fragen sich viele Bürgerinnen und Bürger, wieso hat das funktioniert und wie kann man das ändern?

Die Wirtschaftspläne der Unternehmen werden genehmigt und sind auch Bestandteil der Haushaltsaufstellung der Stadt. Kann der Verlust nicht durch geeignete Maßnahmen bis zur Geschäftsfelderweiterung ausgeglichen werden, dann gibt es nur eine Möglichkeit - der Gesellschafter bei den Stadtwerken, die Stadt Gera, erhöht seinen Anteil.

Wenn man nach Greiz schaut, stellt man fest, den dortigen Unternehmen wird am Anfang des Jahres im Voraus der Verlustausgleich gezahlt und am Ende des Jahres die Schlussabrechnung gemacht.

### **Warum kann das der Landkreis Greiz?**

Weil er durch die Kreisumlage über die Gelder verfügt.

### **Warum kann das Gera nicht?**

Und da sind wir bei dem eigentlichen Problem und da widerspreche ich Ihnen ausdrücklich, Frau Oberbürgermeisterin:

### **Die Probleme der Stadtwerke sind im Wesentlichen NICHT hausgemacht.**

Schon bei der Gründung der Stadtwerke spielte die unzureichende Finanzausstattung des Oberzentrum Gera eine entscheidende Rolle.

„ Mit unseren Partnern in Thüringen vereinbare ich einen Zukunftsvertrag für unser Gera, indem wir Etappenziele der kommunalen Haushaltssanierung festlegen. Das geschieht nicht zum Selbstzweck. Ich verfolge das Ziel, Gestaltungsspielräume für Investitionen, die von vitalem Interesse für die Bürgerinnen und Bürger sind, zu erschließen.“

Wo war das Land an ihrer Seite? Trotz offenen Briefs der drei Landtagsabgeordneten der Linken wurde die Tragweite in Erfurt am Anfang nicht wahr- und vor allem nicht ernst genommen.

Was haben denn die Gespräche von Ihnen und den Vertretern der Stadt im Land gebracht? Das letzte Ergebnis war der Vorschlag des Verkaufes des kommunalen Eigentums an einen privaten Dritten, was die Insolvenz auch nicht verhindert hätte.

Frau Lieberknecht hat im Wahlkampf Sie, Frau Dr. Hahn, mit den Worten unterstützt:

*„ Als Direktorin des Finanzamtes weiß Frau Hahn, wie man eine große Behörde leitet. Frau Hahn ist jemand, der klare und wenn nötig auch harte Entscheidungen treffen kann, sie aber dennoch fair umsetzt. Als Finanzamtsdirektorin weiß sie, dass man Geld nur einmal ausgeben kann. Mit Sachverstand kann Frau Hahn Gera endlich vom Rand der Insolvenz wegholen und die Stadt zukunftsfest machen. In Gera muss es wieder nach vorne gehen.“*

Mit dem Wort Insolvenz ist die Ministerpräsidentin zu dem Zeitpunkt, allerdings für die Stadt, genauso leichtfertig umgegangen, wie Sie Frau Dr. Hahn.

Bereits am 2. Juli 2012, an ihrem ersten Arbeitstag habe ich Sie, als Fraktionsvorsitzende der Linken in einem persönlichen Gespräch auf dieses drängende Problem des Zukunftsentwicklungskonzeptes der Stadtwerke aufmerksam gemacht, nicht nur begründet in dem Stadtratsbeschluss vom 06. Mai 2011.

Natürlich, Norbert Vornehm hat als Oberbürgermeister diesen Beschluss nicht erfüllt. Und Sie, Frau Dr. Hahn, haben ihn aber auch nicht erfüllt. Dabei haben wir das Konzept bei jeder Diskussion um den Haushalt und um die Stadtwerke eingefordert – zwei lange Jahre.

2012 haben Sie verkündet:

„Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, unsere Stadt ist in den letzten Jahren systematisch ausgeplündert worden. Gera hat nach Aussage des jetzigen Oberbürgermeisters 130 Millionen Euro Schulden. Das ist weniger als die halbe Wahrheit. Hinzu kommen unter anderem die Schulden der 100% Tochter Stadtwerke AG, die sich in der Verantwortung des damaligen Geschäftsführers und heutigen Aufsichtsratsvorsitzenden angestaut haben und für die Gera auch die Verantwortung trägt. Nach den im Internet abrufbaren Zahlen haben die Stadtwerke AG 2010 einen Schuldenberg von 267,4 Millionen Euro und einen Bilanzverlust von 15,49 Mio Euro aufgebaut.“

„Die Verbindlichkeiten der Stadtwerke sind hochgradig brisant“ – stellte Dr. Wolfgang Neudert, DIE LINKE, Stadtrat und zugleich SWG Aufsichtsratsmitglied, im Wirtschaftsausschuss fest, was durch die Presse im Jahr 2012 reflektiert wurde.

Sie haben das Stadtbahnprogramm zum Wahlkampfthema gemacht und Sie haben die Alarmleuchten bei den Banken angehen lassen, indem Sie ein Gutachten ohne Aufsichtsrat nach IDWS6 in Auftrag gaben, was später in Anlehnung umgewandelt wurde.

Der Imageschaden für die Stadt ist enorm und natürlich sollte sich ein öffentlicher Ausschuss damit beschäftigen.

Er sollte neben der Untersuchung zu den Ursachen der Fehlentwicklung der Stadtwerke Gera AG und ihrer Töchtergesellschaften hinsichtlich der Beziehungen zur Stadt Gera auch die Verantwortlichkeiten aus dieser Entwicklung analysieren und festzustellen und vor allem

auch mit den Untersuchungen auch weitere Entscheidungen der Stadt zur Zukunftsfähigkeit der kommunalen Daseinsvorsorge in Gera durch städtische Unternehmen vorzubereiten.

Die Fragen, die im Antrag der SPD gestellt werden sind legitim, inzwischen ergänzt durch die Fragen der CDU, werden sicherlich in dem Ausschuss genauso beantwortet werden müssen.

Eines Stadtratsbeschlusses bedarf es dazu zwar nicht, am Ende zählt das Ergebnis.

**Was uns wichtig ist, ist eine transparente und nachvollziehbare öffentliche Aufklärung der Ursachen.**

Wir erwarten, dass Sie Frau Oberbürgermeisterin, ihre Salamtaktik der Verkündungen beenden, es ist ja nur die Holding, vorerst, dann der Verkehrsbetrieb. Wir erwarten, dass Sie den Bürgerinnen und Bürgern die Folgen für diese erklären. Zum Beispiel bewegt die Menschen, was passiert bei einer Insolvenz mit einer Monatskarte, einer Jahreskarte beim GVB.

Wir erwarten, dass Sie dafür Sorge tragen, dass sofort mit der Gesundung der Stadtwerke begonnen wird, die die Diskussion um die Strukturen einschließt, damit Daseinsvorsorge der Stadt in öffentlicher Hand bleibt.

Sie als Gesellschaftervertreterin mit Ihrem Weisungsrecht sind dabei gefordert. Aufsichtsräte fassen und kontrollieren vorgelegte Beschlüsse.

Das ersetzt bei weitem nicht Ihre Kompetenz und ihr Weisungsrecht.

Und wir erwarten von ihnen, dass sie den Stadträten die Konsequenzen für den Haushalt 2014 und folgende sowie das Haushaltssanierungsprogramm zeitnah vorlegen, vor allem was die Patronatserklärungen angeht.

Das erwarten wir von ihnen persönlich, und wir werden ihnen nicht gestatten, dass sie sich auch hier - vielleicht in analoger Weise wie bei den Stadtwerken - aus der Verantwortung nehmen.

Und wir erwarten vom Land Thüringen, von der Kommunalaufsicht und von Ihnen die Antwort, was geht.